



Stierleiblicher Monnensdruck in Breslau 6 Mark. Wochen-Monnen. 60 Pf. außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 20 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Polen 30 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 39. Abend-Ausgabe.

Zweihundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 16. Januar 1891.

Das Einkommensteuergesetz.

Berlin, 15. Januar.

Mit sehr großer Majorität (soweit bekannt mit dreihundzwanzig gegen fünf Stimmen, zwei freisinnige und drei Centrumsmittglieder) hat die Commission den Antrag abgelehnt, die Einkommensteuer zu quotifizieren. Dieselben Personen, die im Jahre 1880 den Quotifizierungsgeboten mit Wärme vertreten haben, wenden ihm jetzt fühlend den Rücken, weil er zur Zeit nicht durchführbar wäre. Was Herr Fobrecht in der kurzen Zeit, während deren er Finanzminister war, zu einem kleinen Theile durchgeführt, an das will Herr Miquel nicht einmal die Hand legen. Durchgesetzt wird die Quotifizierung jedenfalls nur in einem Augenblicke werden, wo die Regierung mehr Geld fordert, und mit größerem Rechte läßt sich nie darauf bestehen, als dann, wenn die Regierung Geld fordert, das sie zugestandener Maßen im Augenblicke nicht braucht.

Der Zustand, der durch das Gesetz, wie es jetzt in der Commission festgestellt wird, geschaffen ist, ist der folgende: Das Gesetz bringt ohne Zweifel eine erhebliche Mehreinnahme, für die augenblicklich kein Bedürfnis vorhanden ist. Diese Mehreinnahmen sollen in den Staatskassen aufgehäuft werden in der Art, wie es bisher mit dem Waisenfonds und mit dem Sperrgeldersfonds geschehen ist. Ausgaben aus demselben sollen die Regierungen nicht machen. Dagegen sollen Versuche angestellt werden, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Verständigung zwischen der Regierung und dem Landtage darüber herbeizuführen, wozu dieses Geld zu verwenden ist. Ich halte diesen Zustand geradezu für einen ungeligen; das allein Verständige ist, die Einziehung der neuen Einnahmen bis dahin auszusetzen, wo man über die Verwendung derselben Gewißheit geschaffen hat. Aus der Haltung der konservativen Abgeordneten geht mit Klarheit hervor, daß die Verständigung über diese Ausgaben zweck nicht leicht sein wird, wenn die Regierung sich nicht entschließt, sich von der jetzigen Majorität zu trennen. Es giebt für eine Volksvertretung keinen vernünftigeren Zustand, als den, sich über Ausgaben zweck zu unterhalten, wenn sie das drückende Gefühl hat, daß Geld da liegt, welches auf seine Verabgabung dringend wartet.

Ich habe vom ersten Augenblicke anerkannt, daß der Regierungsvorlage ehrliche und ernsthafte Reformabsichten zu Grunde liegen. Ich habe die Nothwendigkeit betont, daß die freisinnige Partei ebenso ehrlich und ernsthaft den Versuch mache, sich mit der Regierung darüber zu verständigen und Reformen zu erzielen, die eine gerechtere Verteilung der Last im Gefolge haben. Aber Niemand wird behaupten können, daß die conservative Partei mit gleichem Ernst und mit gleicher Unbefangenheit an das Werk gegangen ist. Sie macht gar kein Hehl daraus, daß sie nur den Einen Gesichtspunkt hat, den Grundbesitz so weit als möglich zu entlasten und das mobile Capital so streng als möglich heranzuziehen. Und dabei widersetzt sie sich allen Reformabsichten, welche die Regierung für die Zukunft begt, dadurch, daß sie schon im Keime ersticht, indem sie der Landgemeindeordnung Schwierigkeiten bereitet. Daß unter diesen Umständen die freisinnige Partei die Hoffnung aufgibt, es könne aus diesen Beratungen etwas hervorgehen, was dem öffentlichen Wohle dient, ist erklärlich.

Deutschland.

Berlin, 15. Januar. [Tages-Chronik.] In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung verwarfte sich der Stadtverordnete Pincusohn gegen die von der Kreuzzeitung gegen ihn geschleuderten Verdächtigungen. (Vgl. den Bericht über die Berliner Stadtverordneten-Versammlung in der vorliegenden Nummer.) Es handelt sich dabei um Folgendes: Die Kreuzzeitung brachte einen Artikel über „Die Stadt Berlin und den Grundstückswucher“. In demselben ist die Rede von einer „Aera Pincusohn“. Es habe „in den Jahren 1884 und 1885 nur wenige Grundstücke gegeben, die von der Stadt ohne Vermittlung des Herrn Pincusohn erworben worden seien“. Herr Pincusohn habe „tätig Grundstücke aufgekauft und dabei immer das Glück gehabt, diejenigen zu erwerben, welche die Stadtgemeinde nothwendig brauchte“. Es wird in dieser Tonart noch weiter angedeutet, daß Herr Pincusohn hierbei in Gemeinschaft mit den liberalen Mitgliedern der städtischen Verwaltung die Stadtkasse überfordert habe. Die „Freis. Ztg.“ entgegnet hierauf: „Herr Pincusohn hat überhaupt nur ein einziges Mal Grundstücke an die städtische Verwaltung verkauft, und zwar im Jahre 1884 die bekannten Grundstücke für die Errichtung einer städtischen Markthalle in der Dorotheenstraße. Herr Pincusohn hatte dieselben zu verwerthen beabsichtigt durch Offenlegung einer Straße in der Verlängerung der Schadowstraße nach dem Reichstagsufer. Die bezüglichen Baupläne, deren Ausführung der Stadt keinerlei Opfer auferlegte, hatte die Genehmigung des königlichen Polizeipräsidenten und der städtischen Bauverwaltung erhalten. Die Sache befand sich bereits im Handelsministerium, als Kammerer Runge persönlich und selbständig die Initiative ergriff, um die Grundstücke für die Stadt zum Bau der Markthalle zu erwerben. Bevor das Kaufgeschäft perfect wurde, ließ der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung Ermittlungen anstellen über anderweitige geeignete Grundstücke in der Nachbarschaft. Es stellte sich dabei heraus, daß dort nur zu höheren Preisen Grundstücke verkäuflich waren. — Dies ist der einfache Thatbestand, der actenmäßig feststeht einschließlich des Inhalts der Kaufverträge, durch welche Herr Pincusohn selbst die bezüglichen Grundstücke erworben hat. Weder auf die städtische Verwaltung, noch auf Herrn Pincusohn fällt hierbei der leiseste Schatten.“

Der preussische Handelsminister hat dem „Hann. Cour.“ zufolge die Regierungs-Präsidenten veranlaßt, daß in Zukunft dem Reichsversicherungsamte von dem Entstehen neuer Krankenkassen, dem Fortfall des Wahlrechts bisher beteiligter Krankenkassen oder einer erheblichen Veränderung der Mitgliederzahl wahlberechtigter Krankenkassen insofern Mittheilung gemacht werde, als diese Kassen bei den auf Grund der Unfallversicherungsgesetze zu vollziehenden Wahlen für Sectionen oder Genossenschaften theilhaftig sind, welche den betreffenden Regulativen des Reichsversicherungsamts unterliegen.

Berlin, 15. Januar. [Stadtverordneten-Versammlung.] Stadtverordnete Schmalbe berichtet über den Antrag der Stadtverordneten Hagen und Genossen, welcher dahin lautet, daß der Magistrat ersucht werden möge, Vorkehrungen dahin zu treffen, daß die für die Gemeindeschüler nothwendigen Lehrmittel auf Kosten der Stadt beschafft und den Schülern vom 1. April 1891 ab unentgeltlich verabfolgt werden und die hierzu erforderlichen Mittel in den Etat pro 1891/92 einzustellen. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages, und dagegen folgende Beschlusfassung: Die Versammlung ersucht den Magistrat, 1) in den Etat

pro 1891/92 die Summe bis zu 60 000 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln, Schreibmaterialien u. s. w. für die Schüler der Gemeindeschulen einzustellen, 2) geeignete Maßregeln zu treffen, um die unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln, Schreibmaterialien u. s. w. durch die Schulcommissionen zu vereinfachen. Von dem Stadtverordneten Meyer I ist hierzu der Antrag eingegangen, in Nr. 1 statt „60 000 Mark“ zu setzen „40 000 M.“, und Nr. 2 dahin abzuändern, „geeignete Maßregeln zu treffen, um die unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln, Schreibmaterialien u. s. w. im Falle der Bedürftigkeit zu vereinfachen und zu beschleunigen.“ — Stadtver. Bortmann stellt ferner den Antrag, den Antrag des Ausschusses abzulehnen und dagegen zu beschließen: „Die Verfügung über die für diese Position zu beschaffenden Mittel nach Bedürfnis den Rectoren und Lehrer-Collegien zu überlassen.“ — Stadtver. Gnadt wiederholt schließlich den Antrag des Stadtver. Stadthagen und bittet um namentliche Abstimmung. Zulezterem Antrage sind außerdem mehrere Petitionen und Gesuche eingegangen, welche theils die Annahme, theils die Ablehnung wünschen. — Stadtver. Meyer I eröffnet die Debatte. Er hält den Antrag der socialdemokratischen Partei nur für einen Vorläufer weiterer Forderungen, die an die Stadt gestellt werden würden. Schließlich würde man dazu kommen, für die Schüler noch Kleider und Schuhe zu beanspruchen, denn auch diese Gegenstände sind erforderlich, um die Schule besuchen zu können. Im gegenwärtigen Falle sei die Versammlung verpflichtet, offen Farbe zu bekennen und eine klare und deutliche Antwort zu geben. Der Antrag des Ausschusses kennzeichnete sich immerhin als ein Anpassen mit Sannet-Handschuhen, und dies sei nicht angebracht. Die Durchführung des Antrages werde mancherlei Unzuträglichkeiten zu Tage fördern. Sei der Nachweis der Bedürftigkeit schon nicht immer leicht zu führen und von persönlicher Anschauung abhängig, so dürfe man ferner erwarten, daß die Stadt in außerordentlicher Weise in Anspruch genommen werden würde. Mancher würde sagen: Mein Nachbar bekommt die Bücher umsonst, warum soll ich der Stadt das Geld schenken und aus meiner Tasche bezahlen? Stadtschulrath Bertram habe in den früheren Sitzungen die Gegengründe in eingehender und überzeugender Weise geltend gemacht, welche für Ablehnung des Antrages der Stadtver. Stadthagen und Genossen sprechen. Es sei eine Summe von 40 000 Mark vorläufig genug, um den wirklich Bedürftigen mit Lehrmitteln auszuheilen, und die Entscheidung darüber, wer „bedürftig“ sei, könne am besten in die Hände des betr. Rectors oder der Schuldeputation gelegt werden. — Stadtver. Stadthagen bittet, den Antrag des Ausschusses abzulehnen und den Antrag des Stadtver. Meyer I erst recht. Die Rede des Vorredners erinnere ihn an den Tanz auf Eierkuchen. (Stadtver. Horwich: Man tanzt doch bloß auf Eiern!) Herr Colledge Horwich meint, er tanze bloß auf Eiern, das muß er natürlich am besten wissen. (Heiterkeit.) Man führt hier immer im Munde, daß der ärmeren Bevölkerung geholfen werden soll, man kommt aber über die Neugierlichkeiten nicht heraus, (sonst es heißt, den Kern anfassen, dann zieht man sich zurück. (Ruf: „Redensarten.“) Dies war auch eine. Von einem großen Theile der Bürgerschaft, in den freisinnigen Vereinen u. s. w. hat man ungetheilt unserm Antrag die vollste Anerkennung gezollt und Zustimmung ertheilt, es ist sogar zum Ausdruck gekommen, daß man sich diejenigen Herren merken werde, welche sich ein freisinniges Mäntelchen umhängen und dennoch gegen den Antrag stimmen werden. (Lachen und Unruhe.) Die Behauptung, daß die Gemeindeschulen in gleicher Weise von Arm und Reich besucht wurden, sei nicht richtig, denn nur 500 Gemeindeschüler treten in die höheren Schulanstalten über, aus den Bürgerschulen treten vielleicht ebensovielen über, der ganze Rest bleibe aber in der Gemeindeschule, und deshalb sei es nicht zutreffend, die letztere als eine „wirkliche Volksschule“ zu bezeichnen, welche in gleicher Weise von Arm und Reich besucht werde. Redner begründet sodann noch in längerer Ausführung seinen Antrag. Es komme darauf an, etwas Großes, Segensreiches zu schaffen, und dabei dürfe nicht in Betracht gezogen werden, ob der Anstoß dazu von der socialdemokratischen oder einer anderen Partei gegeben wurde. Bei der herrschenden großen Unruhe ist der Redner auf der Journalisten-Tribüne nur schwer verständlich. Er schließt mit der Bemerkung, daß der Antrag ja heute zu Grabe getragen werden würde, aber er würde nur eine Zeit lang im Sarge liegen, dann den Deckel

(5)

Nachdruck verboten.

Grffahrten.

Novelle von Paul Michaelis.

Die beiden jungen Herzen unterdessen hörten diesen Worten nur flüchtig zu. Setzt, so nahe aneinander lehnd, sich verbunden wissend durch ein zartes und doch bedeutungsvolles Band, spannen sich neue Fäden zwischen ihnen und umstrickten sie immer dichter.

Wilhelm Berg empfand es mit heimlicher Wonne, wie er so nahe der Freundin seiner Seele in die wunderbare Nacht hinausblickte. Er meinte bisweilen ihr Kleid rauschen zu hören, er meinte ihren leisen Athem zu verspüren und den leichten Duft ihres Haars. Ihre weiße Hand, auf der Brüstung ruhend und vom Monde beschienen, war deutlich erkennbar in den zarten schwebeligen Linien und den ebenmäßig gebildeten Fingern. Wie sie halb sich krümmend ganz leicht dem Körper einen Halt gab, meinte er, es müßte eine ganz eigene Wonne sein, diese schlankte Hand zu fassen, sie in der seinen zu pressen und sie zu küssen, ihr zuflüstern zu dürfen: Halte Dich an mich, ich will Dich führen und beschützen, vor aller Noth beschützen, alle Sorgen Dir verschonen. Wir beiden mit einander wollen Gutes und Böses tragen.

Lucie unterdessen wurde von wechselnden Gefühlen stürmisch bewegt. Sie hatte sich zu dem jungen Fremden hingezogen gefühlt, ob in wirklicher Neigung, ob nur in flüchtiger Laune, sie wagte es sich selbst nicht zu gehen. In fremdartiger Umgebung, in frohlicher Stimmung, vielleicht nicht ohne Schuld der neckischen Geister des Weins war sie ihm weiter entgegengewandert, als es ihr die gute Sitte zu gestatten schien. Sie hatte dann sogar den Dheim überredet, die Oceanfahrt, welche überhaupt doch nur eine Grille von ihr war und die sie auch wohl bei längerem Nachdenken ganz aufgegeben hätte, zu beschleunigen, nur um einer Laune willen. Aber nun sie den jungen Fremden wieder sah, nun er in ihr Leben nicht bloß wie ein flüchtiger Schatten, sondern in dauernder Wirklichkeit eintrat, erschrak sie vor sich selbst. Was wußte sie von ihm, dem sie so nahe getreten war? War er des Entgegenkommens würdig? Würde er ihre Uebereilung nicht vielleicht mißbrauchen? Wenn er Ansprüche erhob, die sie, so lange sie ganz frei war, mit Stolz hätte zurückweisen können.

Und dabei war auch sie doch nicht gleichgültig gegen den Zauber seiner Nähe. Seine männliche Stimme klang ihr, ach nur allzu vertraut, sein ganzes Wesen schmeichelte sich in ihre Seele hinein und nahm ihren freien Sinn immer mehr gefangen. Sie fühlte sich selbst unsicher, unselbständig, wie nie zuvor, und eine Unruhe eigener Art griff immer tiefer in ihre Seele ein. Hatte sie bis dahin ohne tiefgreifende Erregung ihr kurzes Leben heiter und harmlos hingebracht, kaum einmal von den Ereignissen des täglichen Lebens erschüttert, so

fühlte sie jetzt diese ruhige Sicherheit schwinden, etwas Neues, nicht gekanntes trat in ihr Dasein hinein, und es war nur allzu natürlich, daß ihr dieses unbekannte Etwas zunächst als eine verderbliche Macht erschien, gegen die sie sich zu wehren hätte.

So wurde sie unserm Freunde gegenüber immer mehr zurückhaltend. Scheu und misgestimmt vermied sie, ihn anzuschauen, sie hätte am liebsten sich vor ihm verborgen drinnen in der schweigenden Tiefe. Und wie sie selbst jede seiner leisesten Bewegungen gleichsam als einen elektrischen Schlag zu spüren meinte, und jedes seiner Worte ihr Inneres erregte, so wagte sie, je länger sie unter seinem Banne sich befand, um so weniger ihm zu antworten, ja, sie stand wie erstarrt, ohne sich zu regen, um nicht den Zauber zu verstärken, der sie zu ihm zog.

Es war unterdessen spät geworden, der Dheim hatte fast allein die Unterhaltung führen müssen, da auch Wilhelm Berg allmählig in Gedanken verjant. Der Nachtwind wurde kühl und durchdrückte sie. So schied man von einander, die Ruhe zu suchen.

Lucie konnte es nicht vermeiden, dem neuen Freunde zum Abschied die Hand zu geben. Aber da er sie herzlich drückte, spürte er doch kein Entgegenkommen. Kühl, fast leblos lagen ihre Finger in den seinen. Erlaunt sah er sie an. Doch sie verbarg ihr Gesicht im Schatten und kaum hörbar erklang ihr „Gute Nacht“.

Und noch wunderlicher war Lucien zu Muthe, als sie sich endlich allein fand. Ihr Blut war sieberhaft erregt und sie suchte umsonst nach Ruhe und Schlaf. Die Wogen rauschten leise an die Planken des Schiffes und der Mond schien mit einem schmalen Streifen durch das kleine Fenster. Nur die Maschinen arbeiteten ununterbrochen und ließen beständig den ganzen Kolof erbeben. Für sie gab es keine Ruhe. Und es schien Lucien, als sei dieses unaussprechliche Stöhnen nur ein Abbild ihres eigenen ruhelosen Herzens.

Wilhelm Berg und Herr Heinsen hielten beide getreulich ihr Versprechen, sich für die Reise Gesellschaft zu leisten. Sie beobachteten die wechselnden Bilder des Oceans, sie hielten bei einem kleinen Gewittersturm tapfer auf Deck aus, sie wetteten zusammen auf die täglich zurückgelegte Meilenzahl und brachen gemeinsam mancher Flasche Wein den Hals. Und da sie täglich vertrauter wurden, so konnte es nicht lange währen, daß Herr Heinsen sich nach der Veranlassung der Reise seines neuen Freundes erkundigte.

„Sie müssen mir endlich erzählen“, rief er eines Tages bei einem Glase guten Bordeaux aus, „weshalb Sie eigentlich nach Amerika reisen. So viel ich sehen kann, sind Sie wohlhabend und brauchen um den Lebensunterhalt nicht zu sorgen. Sie haben in Deutschland eine Mutter, von der Sie mit Verehrung sprechen, kurz Sie verlassen Verhältnisse, die man als glückliche anzusehen gewohnt ist, und ich weiß nicht recht, was Sie eigentlich drüben dafür eintauschen wollen.“

„Sie haben im Allgemeinen richtig gesehen“, sagte Wilhelm Berg, „ich brauche nicht um das Dasein im gewöhnlichen Sinne zu kämpfen; ich habe, soviel ich zum Leben brauche. Auch ist sonst die Heimath mir lieb und werth und ich für mich wenigstens habe mich über die alte Dame Europa nicht beklagen dürfen. Aber Sie wissen, daß man nicht alle Tage Rebhuhn essen kann. Mein Unglück war, daß es mir zu gut ging.“

„Ein ganz modernes Uebel“, lachte Herr Heinsen. „Nun, stärken wir uns noch einmal und dann beichten Sie!“

Die Gläser klangen aneinander. Herr Heinsen lehnte sich behaglich im bequemen Holzstuhl zurück und Wilhelm Berg begann:

„Sehen Sie, ich bin ein verhätheltes Kind. Mein Vater, der in Thüringen ein schönes Gut besaß, starb, als ich kaum vier Jahre alt war. Ich erinnere mich seiner nur ganz dunkel. Meine Mutter blieb allein zurück, da auch ein älterer Bruder früh gestorben war. Ich war ein Kind der Sorgen und Schmerzen. Sei es, daß ich damals selbst schwächlich war, oder daß nur die trüben Erlebnisse meine Mutter ängstlich gemacht hatten, aber sie umgab mich mit rührender Liebe. Sie war damals noch jung und hat gewiß auf mancherlei verzichten müssen, was dem Leben Werth verleiht. Wenigstens sehe ich heute in ihrer Abgeschiedenheit, in ihrer beständigen Liebe, mit der sie mich umgab, eine heroische That der Selbstverleugnung. Doch weiß ich nicht, ob sie selbst es so empfunden hat. Mir gegenüber wenigstens ließ sie nie durchblicken, daß sie irgend etwas entbehren müsse, ich mußte ihr Erjaß sein für alles andere, das sie verloren hatte. So wuchs ich auf, fast beständig an ihrer Seite, von ihr behütet auf Schritt und Tritt. Sie war nicht bloß meine Mutter, sie war mir zugleich Lehrerin und Freundin. Sie selbst unterrichtete mich während der ersten zehn Jahre meines Lebens. Sie las mit mir die Kindermärchen von Grimm und Andersen und die Bibel, sie führte mich umher in Wald und Feld und zeigte mir die Pflanzen und Bäume. Sie ging an meiner Seite durch die Wirtschaftsräume, ich half ihr, als ich heranwuchs, bei der Führung der Bücher und lernte allmählich die mannigfaltigen Obliegenheiten kennen, die einem Besitzer eines ausgedehnten landwirtschaftlichen Betriebes zufließen. Auch nachher, als ich einen Hauslehrer bekam, war ich fast beständig in ihrer Nähe. Und wie es so kommen mußte, wurde ich in beständigem Umgang mit ihr weidlich, fast weiblich, ein richtiges Mutterkindschen. Ich will nicht sagen, daß ich nicht dann und wann einmal Sehnsucht gehabt hätte, selbstständig meine Schwingen zu regen und hinauszufliegen in die weite Welt, denn mein Vater war eine Abenteuerernatur gewesen, und sein Blut konnte durch die mütterliche Liebe nicht ganz zurückgedrängt werden. Aber dann durfte ich nur an mein Mütterchen denken, um alle Sehnsucht nach Freiheit zum Schweigen zu bringen.“

(Fortsetzung folgt.)

sprengen und wieder zum Vorschein kommen, er werde sich freuen, wenn dann die Todtengräber noch leben werden. Ein Schlussantrag wird mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Nach einem Schlusswort des Referenten, welcher einige besonders scharfe Ausdrücke des Vorredners, sowie dessen Bestreben, die Frage auf das politische Gebiet zu spielen, als völlig unbegründet zurückweist, wird zur Abstimmung geschritten. Der Ausschussantrag nebst dem vom Stadtv. Meyer I gestellten Änderungsanträgen wird angenommen.

Es folgt der Antrag des Stadtv. Wohlgemuth und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, in gemeinsamer Deputation mit ihr zu berathen, in welcher Weise die Gemeindebehörden die gemeinnützigen Bestrebungen für Schaffung gesunder und billiger Wohnungen für Arbeiter, kleine Beamte u. dergleichen fördern können. Der Antragsteller hob hervor, daß die Frage inzwischen vielfach in der Öffentlichkeit erörtert worden sei und Wünsche gezeitigt habe, welche weit über das im Auge gebachte Ziel hinausgehen. Er siehe derartigen übertriebenen Wünschen natürlich sehr fern und müsse auch betonen, daß er nur durchaus gemeinnützige Zwecke verfolge. Redner führt sodann aus, daß andere große Städte in der so wichtigen Wohnungsfrage bedeutend weiter vorgeschritten seien wie Berlin, und entwickelt die Ansichten, auf welchem Wege er eine Besserung der Wohnungs-Verhältnisse zu erzielen hofft. Er bittet dringend um Annahme des Antrages, welcher mit feinerlei Vorklapper verknüpft sei. Wegen den Antrag spricht Stadtv. Scheidung. Er hält das Project in der vorgeschlagenen Weise nicht für durchführbar und befürchtet, daß dadurch dem Bauhandwerk Lärm und Thor geöffnet werde. Die Zeiten der Wohnungsnoth seien vorüber, wie am besten die große Zahl der leerstehenden Wohnungen beweise, die von Jahr zu Jahr steige. Darunter seien nicht weniger als über 12 675 Wohnungen, welche einen Miethspreis von 600 M. nicht übersteigen. Er halte es nicht für angeeignet, Genossenschaften auf Kosten der übrigen Steuerzahler zu gründen. — Stadtv. Pincussohn erklärt, daß er ebenfalls Unterzeichner des Antrages sei. Es sei in der Kreuzzeitung ein Artikel erschienen, der ihn in Folge seiner Stellungnahme zu dem Antrage auf das Empfindlichste angreife. Er würde diesen Anfeindungen mit Berachtung begegnen, die über ihn verbreiteten Angaben seien aber so unerhörter Natur, daß er Veranlassung nehmen müsse, an dieselbe Stelle zu erklären, daß die Angriffe der unter der Leitung des Freiherren von Hammerstein erscheinenden Kreuzzeitung freige und maßlose Verleumdungen gemeinlicher Art seien. — Stadtv. Singer tritt für Ablehnung der Vorlage ein, aber aus anderen Gründen, wie den vom Stadtv. Scheidung angeführten. Die von dem Letzteren angeführten Zahlen in Betreff der leerstehenden Wohnungen hätten in ihm die Ueberzeugung befestigt, daß in Berlin ein wirtschaftlicher Nothstand ärgster Art herrsche, der eine Folge der freien Concurrenz auf dem Gebiete der Bauhandwerklichkeit und der Ausbeutung des Grundbesitzes sei. Er müsse befürchten, daß die angestrebte humane Einrichtung nur die Folge haben würde, daß eine Anzahl Leute eine möglichst hohe Einnahmequelle erzielen würde. Er stimme aus diesem Grunde gegen den Antrag. — Stadtv. Spinoza hält den Antrag der Annahme für werth und Stadtv. Wohlgemuth verdient für denselben Anerkennung. Wenn er auch ein besonders bedeutendes Resultat von den Beratungen einer gemeinsamen Deputation nicht erwarte, so sei die Anregung doch immerhin zu loben. — Der Antrag Wohlgemuth wird angenommen.

L. C. [Die Commission für das Einkommensteuergesetz] begann am Donnerstag ihre zweite Lesung. Beim Beginn derselben erklärte Abg. Rüdert, er behalte sich die Wiederholung der in der ersten Lesung abgelehnten principiellen Anträge zu §§ 4, 84 und 85 und § 17 (Scala) für das Plenum vor. Zu § 1 beantragt Rüdert, die eingetragenen Genossenschaften von der Steuer freizulassen. Der Antrag wird gegen vier Stimmen abgelehnt; dagegen wird der Antrag Schlabig gegen 4 Stimmen angenommen, wonach Consumvereine mit offenem Laden der Einkommensteuer unterliegen. Die Streichung der Steuerfreiheit der Mitglieder der früheren handverlesen, kurbesitzigen und nassauischen Fürstendämmer (Antrag Scheidung) wird mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der § 4 Steuerfreiheit der Reichsmittelbaren bleibt mit 15 gegen 11 Stimmen aufrecht erhalten. Bei § 6 wurde einstimmig beschlossen, die sogenannten Vermögens- und Vermögenszulage steuerfrei zu machen. Mit 15 gegen 11 Stimmen wird in § 9 Nr. 4 der Abzug auch der Communalsteuern von den steuerpflichtigen Einkommen trotz der Warnung des Finanzministers beibehalten. Der Antrag Scheidung zu § 9, Abzug der Dividenden, wird einer Subcommission unterworfen. §§ 10 bis 13 bleiben unverändert. § 14 Abs. 1 wurde nach dem Antrage Rüderts wie folgt angenommen: „Das Einkommen aus Handel und Gewerbe einschließlich des Bergbaues besteht in dem in Gemäßheit der allgemeinen Grundzüge (§ 6 bis 11) ermittelten Geschäftsgewinn. Mit dieser Maßgabe ist der Reingewinn aus dem Handel und Gewerbebetriebe nach den Grundätzen zu berechnen, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das Handelsgesetz vorgeschrieben sind und sonst dem Gebrauche eines ordentlichen Kaufmanns entsprechen. Insbesondere gilt dieses von Zuwachs und andererseits von der Abnutzung des Anlagecapitals, sowie von Forderungen und Schulden und deren Zinsen. §§ 15 und 16 wurden angenommen. Zu § 17 (Einkommenscala) lagen mehrere Anträge vor. Abg. Christophersen beantragt, für die untersten sieben Stufen von 900 Mark bis 2100 Mark folgende Sätze: I 5, II 8, III 11, IV 15, V 20 VI 25, VII 30 M. Abg. Enneccerus wiederholt den Antrag der die mittleren Einkommen mehr ermäßigenden Scala, welche in der ersten Lesung mit 12 und 11 Stimmen abgelehnt ist, anzunehmen. Der Ausfall, den diese Scala ergeben würde, beträgt 2 Millionen. Abg. Christophersen empfiehlt besonders die Ermäßigung der unteren Stufen im Interesse der kleinen Leute, insbesondere auch der kleinen Landwirthe. Der Finanzminister bekämpfte alle weitergehenden Ermäßigungen, er verteidigte ein kräftiges directes Steuersystem überhaupt, das eine Stütze des Staates in der Zeit der Noth sei. Dilem System müßte eine breitere Basis geschaffen werden. Die Abg. Enneccerus und Rüdert empfahlen dagegen eine weitere Ermäßigung, da für eine Erhöhung der Einnahmen, wie sie in den Beschlüssen der Commission liegen, feinerlei Bedürfnis vorliege. Der Abg. Rüdert erklärte hierbei, daß auch die vorliegenden Anträge noch nicht der bei der ersten Lesung von fast allen Seiten ausgesprochenen Erwartung

entspräche. Er verzichte jedoch wellegehende Anträge hier einzubringen. Das könne besser im Plenum geschehen. Die Abg. v. Hammerstein und Frigen treten für die Commissionssvorlage ein. Der Antrag Christophersen wird mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, der Antrag Enneccerus mit 18 gegen 9 Stimmen. (Dafür die Hälfte der Nationalliberalen, ein Mitglied des Centrums, die beiden Freisinnigen und ein Pole). Es bleibt also bei den Commissionssbeschlüssen. Als einen besonderen § 17a beantragt der Abg. Rüdert: „Den Gemeinden, welche zur Deckung der kommunalen Ausgaben Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erheben, wird gestattet, die Einkommensteuerverhältnisse unabhängig von dem in § 17 enthaltenen Stufen und Sätzen festzusetzen, jedoch mit der Maßgabe, daß der Steuerfuß in der untersten Stufe von 900—1050 M. mit 6 M. anfängt und von da bis zu . . . pSt. bei einem Einkommen von mehr als 100 000 M. steigt. Das Einkommen, zu welchem der Steuerpflichtige zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist, ist auch maßgebend für die Festsetzung der Communealeinkommensteuer desselben.“ Der Antragsteller begründete die Nothwendigkeit einer Aenderung des jetzigen Zustandes — den Gemeinden würde seit Jahren jede selbständige Gestaltung der Einkommenssteuercala verweigert — mit dem Eintritt des neuen Gesetzes, welches eine ganze Anzahl von Communen in Verlegenheit bringen würde. Der Finanzminister und der Commissar des Ministers des Innern erklärte sich gegen den Antrag. Die Frage müßte im Communalsteuergesetz geregelt werden. Es liege kein Bedürfnis vor, da auch jetzt schon eine selbständige Scala beiden Communen möglich sei. Allerdings hätten bisher die Minister des Innern und der Finanzen die Genehmigung dazu verweigert. In dieser Beziehung hätten jedoch die jetzigen Minister eine andere Stellung und sie würden gerechtfertigten Anträgen die Genehmigung nicht verweigern. Der Antrag auf Ueberweisung der Frage an eine Subcommission sowie auf Vertagung wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Rüdert. (Dagegen Conservativ und ein Theil der Nationalliberalen).

L. C. [Die Commission für die Zuckerversteuerung] hat Mittwoch Abend und Donnerstag Vormittag Sitzungen gehalten und die General-Discussion zum Abschluß gebracht. Gegenüber dem Antrag Barth (Consumsteuer 12 M., Befreiung der Rübensteuer und Exportprämien am 1. August d. F.) erklärte der Sachsekreter, eine definitive Stellungnahme sei nicht möglich. Der billiger Preis werde keine Verbrauchssteigerung nach sich ziehen. Vög. v. Obelshusen, v. Staudy, v. Roscielski sprechen gegen das Gesetz. Die Socialdemokraten beantragen Aufhebung der Zuckerversteuerung, event. wollen sie für den freisinnigen Antrag stimmen. Graf v. Mirbach und Staudy beantragen, die dauernde feste Prämie auf 2 M. festzusetzen. Von den Mitgliedern des Centrums erklärte sich Abg. Reichert für den Fortfall der Exportprämie, wodurch nur den Engländern billiger Zucker geliefert werde. Graf Chamars dagegen hält für sich und seine Freunde an dem bestehenden Gesetz fest, event. würde er für den Antrag Hatzfeldt (Consumsteuer 18 M., Prämie 150 M.) stimmen.

[Die Krankenversicherungs-Commission] trat am Mittwoch zusammen. Der Vorsitzende, Freiherr von Wendt, schlägt zwei Lesungen vor und beauftragt als Referenten für die Commissionssverhandlungen die Abgeordneten Merbach (Reichspartei) und Dr. Hirsch (Freisinn). Es wird sofort in die Specialdiscussion eingetreten. § 1 der Vorlage will die Versicherungspflicht ausdehnen auf die im Handelsgewerbe und im Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher beschäftigten Personen. Hiergegen wird, wie die „Post“ Bg. berichtet, von freisinniger Seite namentlich geltend gemacht, daß ein Bedürfnis zu dieser erheblichen Erweiterung des absoluten Zwanges auf neue Kategorien keineswegs nachgewiesen sei; es genüge vielmehr die in § 2 des Gesetzes zugestimmte ortstatutarische Verpflichtung. Seitens des Centrums wird erklärt, die definitive Entscheidung über diese Erweiterung von den über die freien Kassen zu treffenden Bestimmungen abhängig zu machen. Abg. v. d. Schulenburg beantragt Einbeziehung aller Bureaubeamten und Schreiber. Graf Holstein und von Kardorff beantragen die Hinzufügung einer Art. 6, wonach die Versicherungspflicht durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Communalverbandes auch auf Dienstboten einschließlich des in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Gesindes erstreckt werden kann. Nach eingehender Debatte, in welcher nur die Regierungsvertreter Lohmann und Scider, insbesondere mit Rücksicht auf die Landesgesetzgebungen, den Antrag bekämpfen, während außer den Antragstellern die Abgeordneten Buhl, Wollenbutz und Dr. Hirsch, letzterer mit besonderer Betonung der ortstatutarischen Regelung, unter Anderem dafür eintreten, wird der Antrag Graf Holstein-v. Kardorff einstimmig angenommen und mit dieser Aenderung der § 2 der Vorlage. Die §§ 2a und 3 bleiben unverändert. Nachdem die Referenten zu § 3a (Befreiung von der Versicherungspflicht) gesprochen, verlag sich die Commission.

Am Donnerstag trat die Commission in die Berathung des § 3a ein, betreffend die Befreiung von der Versicherungspflicht. Die Vorlage wurde in mehreren Hauptpunkten beanstandet. Von conservativer Seite wünschte man, daß Personen, welche in Folge von Verletzungen, chronischen Krankheiten oder Alter nur theilweise oder zeitweise erwerbsfähig sind, nicht auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit, sondern mit einem niedrigeren Krankengeld versichert werden sollten. Von freisinniger Seite wurde hauptsächlich Widerspruch dagegen erhoben, daß die Befreiung auf Grund eines Rechtsanpruchs auf gleichwertige Unterstützung seitens des Arbeitgebers an die Voraussetzung geknüpft werden soll, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers seitens des Rassenvorstandes, bezw. der Aufsichtsbehörde anerkannt wird; solche Inquisition in die Geschäfts-

und Vermögensverhältnisse der Arbeitgeber sei ebenso unzuverlässig wie herabdrückt. Die Berücksichtigung dieses, trotz Widerspruch der Regierungsvertreter von anderer Seite wenigstens theilweise unterstützten Bedenkens wurde der 2. Lesung vorbehalten, § 3a in 1. Lesung unverändert angenommen. Der neue § 3b der Vorlage lautet: „Auf den Antrag des Arbeitgebers sind von der Versicherungspflicht zu befreien Lebrlinge, welchen durch den Arbeitgeber für die während der Dauer des Lehrverhältnisses eintretenden Erkrankungsfälle der Anspruch auf freie Cur und Verpflegung in einem Krankenhause gesichert ist. Die Bestimmungen des § 3a Abs. 2, 3, 4 finden entsprechende Anwendung.“ Hierzu liegen folgende Anträge vor: von Abg. v. Kardorff, die Bestimmung auf die Dienstboten zu erstrecken; von Abg. Dr. Hirsch, die Befreiung nur mit Zustimmung der Versicherungspflichtigen zuzulassen; von den Abg. Hise und Spahn, die häusliche Verpflegung derjenigen im Krankenhause bei gesicherter Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers bzw. der Dienstherrschaft gleichzustellen. Nach sehr eingehender Discussion wurden die letzteren Anträge abgelehnt, der Antrag v. Kardorff und mit diesem § 3a angenommen. Die Commission ging über zu dem Abschnitt B. Gemeinde-Krankenversicherung (§§ 4—15 der Vorlage). Bei § 4 wurde zunächst auf Anregung des Correferenten Dr. Hirsch beschlossen, die Berathung des Absatzes 1 bis nach Erledigung des § 75 (Die freien Kassen betreffend) auszuweichen. Die Debatte über die Absätze 2—4 drehte sich hauptsächlich um zwei Punkte. Abs. 2 der Vorlage enthält den neuen Satz: „Durch statutarische Bestimmung (§ 2) kann auch anderen nicht versicherungspflichtigen Personen die Aufnahme in die Gemeindekrankenversicherung gestattet oder das Recht des Beitritts eingeräumt werden.“ Von freisinniger Seite (Abg. Dr. Hirsch, Volktrath, Guttschick) wurde diese Ausdehnung des Zwangsversicherungswesens eindringlich bekämpft, besonders im Interesse des ärztlichen Standes, welcher dadurch wirtschaftlich und moralisch noch mehr herabgedrückt werden würde, als es ohnehin schon durch die Zwangsversicherung in dem bisherigen Umfange nachweislich der Fall sei. Eine theilweise Schädigung der Ärzte wurde auch von anderen Seiten anerkannt, die Streichung des neuen Satzes aber für zu weitgehend erachtet, worauf Dr. Hirsch eventuell die Beschränkung der Aufnahme-fähigkeit auf ein mäßiges Einkommen beantragte. Abg. Dr. Buhl plaidirte für die Aufnahme der Familienangehörigen gegen geringere Beitragssätze, wofür ihnen nur freie ärztliche Behandlung und Arznei gewährt werden solle. Die Berathung des § 4 wurde vertagt.

[Zur Alters- und Invaliditätsversicherung.] Die Arbeitgeber sind bekanntlich verpflichtet, für die Arbeitnehmer die Beitragsmarken zu kaufen und zwar die Marken derjenigen Versicherungsanstalt, zu welcher die Versicherten gehören. Nun sind bereits namentlich an den Grenzen der Bezirke der einzelnen Versicherungsanstalten Zweifel über die Zugehörigkeit zu einer Versicherungsanstalt aufgetreten. Nach § 41 des Gesetzes entscheidet der Beschäftigungsort über die Zugehörigkeit und soweit die Beschäftigung in einem Betriebe stattfindet, dessen Sitz im Inlande belegen ist, gilt als Beschäftigungsort der Sitz des Betriebes. Unter Umständen kann der Begriff des Betriebes zweifelhaft sein. Das Reichs-Versicherungsamt hat aber bereits eine Interpretation dieses Begriffes gegeben. Danach ist der Betrieb derjenige Ort, an welchem sich der Mittelpunkt (wirtschaftliche Schwerpunkt) des Unternehmens befindet. Der Sitz des Betriebes kann durch das Vorhandensein von Betriebsanlagen, Verkaufsstellen, Warenlagern äußerlich erkennbar, oder aus Eintragungen in Firmen- oder Gewereregister zu entnehmen sein. Mit dem Wohnsitz des Unternehmers braucht der Betrieb nicht zusammen zu fallen. Hiernach sind die Arbeiter zc., welche außerhalb des Betriebes arbeiten ausführen, nicht an dem Orte, wo die Arbeiten stattfinden, an der jeweiligen Arbeitsstätte, sondern an dem Orte des Betriebes zu versichern. Jedoch kann eine dauernde oder besonders umfangreiche Ausführung von Arbeiten an einem von dem Betriebesorte verschiedenen Orte unter Umständen den Charakter eines selbständigen Betriebes mit einem besonderen geschäftlichen Mittelpunkt annehmen. Für den Sitz gemischer aus Haupt- und Nebenbetrieb bestehender Betriebe entscheidet der Sitz des Hauptbetriebes. Werden im Auslande Personen beschäftigt, welche als Arbeiter zc. eines inländischen Betriebes anzusehen sind, so erfolgt ihre Versicherung gleichfalls am Orte des inländischen Betriebes. Hiernach unterliegt z. B. der Monteur einer inländischen Maschinenfabrik, welcher eine in dieser Fabrik gefertigte Maschine im Auslande aufstellt, auch für die Zeit seiner Beschäftigung im Auslande den Bestimmungen des Gesetzes. Wenn dagegen Personen im Inlande beschäftigt werden, welche einem im Auslande belegenen Betriebe angehören, so ist freis der Ort der tatsächlichen inländischen Beschäftigung für die Zuständigkeit der Versicherungsanstalt entscheidend. Hiernach werden die Arbeitgeber genau entscheiden können, welche Versicherungsanstalts-Marken sie kaufen müssen.

[Wechselstempelsteuer.] Amtlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Deutschen Reich für die Zeit vom 1. April 1890 bis zum Schluß des Monats December 5 861 732,60 M. oder 296 760,20 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen.

[Des wiederholten Verstoßes gegen das Impfgesetz] angeklagt, war der Naturarzt Dr. med. Stahn am Donnerstag vor das Berliner Schöffengericht geladen worden. Durch sein Neuzeres schon erregte Stahn vor Beginn der Verhandlung auf dem Corridor die Aufmerksamkeit aller Anwesenden und Vorübergehenden. Er ist ein schmächtiger Mann, trägt langes, über der Stirn etwas gelichtetes, braunes Haupthaar und einen bereits stark ergrauten, mäßig langen Vollbart. Trotz der Winterskälte war er nur mit einem eng anschließenden, joppenartig angefertigten, dünnen Rock bekleidet. So hielt er sich benahe unbeweglich auf dem zugigen Corridor auf, indem er auf einer Bank saß, gerade vor sich nieder sah und die Hände in einander gefaltet zusammenpreßte. Wohl zwei Stunden mußte er warten, bis der Termin herantrat, in welchem er beschuldigt wurde, sein Kind nicht geimpft zu haben, obgleich er wegen der gleichen Unterlassung schon mit einer Geldstrafe von 20 M. belegt worden war. Der Angeklagte berief sich auf § 2 des Impfgesetzes, wonach er erst nach Jahresfrist verpflichtet sei, sein Kind zu impfen, wenn die

Kleine Chronik.

Die Grillparzer-Feier im k. k. Schauspielhause in Berlin nahm einen würdigen Verlauf. Einem Berichte des „B. Tgbl.“ entnehmen wir Folgendes: Im Concertsaale des königlichen Schauspielhauses versammelte sich eine ausserordentliche Gesellschaft, in welcher neben dem literarischen Element auch alle übrigen Gesellschaftskreise zahlreich vertreten waren, zur Feier des hundertsten Geburtstages des großen österreichischen Dichters. Die „literarische Gesellschaft zu Berlin“ hatte die Feier veranstaltet. Der vornehmste Saal verbanden die Veranstalter der Hund des Kaisers, der sich auf Verwenden des Herrn Grafen von Hohberg gleich bereit erklärte, das Haus, in das Grillparzer mit seinen besten Werken eingevoigt ist, zur Verfügung zu stellen. Naturgemäß war die österreichische Colonie stark vertreten; der österreichische Botschafter Graf Szekenyi, begleitet vom Botschaftsrath Grafen Wolkenstein, war erschienen. Die Honneurs des Hauses machte ihnen Graf Hohberg. Desgleichen waren das österreichische Generalconsulat und Consulat und die österreichischen Vereine vertreten. Die Festrede hielt Herr Fritz Mantzner. Darauf sang Frau Prof. Schulken v. Asten das Grillparzer'sche Lied „Schöner und schöner schmück dich der Plan“ unter großem Beifall. Danach las Fräulein Anna Haverland zwei Szenen aus des Dichters „Sappho“ und wurde durch den Beifall der Festsammler genöthigt, noch eine Scene hinzuzufügen. Zum Schluß sang Frau Professor Schulken von Asten, von ihrer Schwester, Fräulein von Asten, und einem Chore junger Mädchen begleitet, das Grillparzer'sche Ständchen, das Franz Schubert so wundervoll in Musik gesetzt hat.

Ein neues Stück von Richard Zaffe „Ohne Ideale“ erlitt bei seiner ersten Aufführung im Festspiel-Theater einen Mißerfolg. Die „Nat.-Ztg.“ berichtet darüber: Eine so große Enttäuschung durfte man von dem Mann, der das „Bild des Signorelli“ geschrieben hat, kaum erwarten. Vergleicht man die beiden Stücke miteinander, so findet man, daß von den Vorzügen seines dramatischen Debüts sich auch nicht ein einziger in seinem neuen Werk wiederfindet. Das Bild des „Signorelli“ war in der Entwicklung originell, in der Entwicklung von logischer Schärfe, ehrlich, klar und bestimmt. Das Motiv in „Ohne Ideale“ die Liebe zweier Brüder, von denen der eine ein verträumter Schwindsuchtscandidat, der andere ein gemüthloser Streber ist, zu ihrer Cousine, kommt über das Triviale nicht hinaus. Die Charaktere machen keine Entwicklung durch und haben kein Interesse. Wie oberflächlich und schnell die Handlung aus unverständlichen Anempfindungen zusammengerafft worden ist, kann man schon daraus erkennen, daß drei ganz modern und nüchtern gehaltenen Acten ein hochromantischer Schluß folgt, dessen Gekünsteltheit und Schauerhaftigkeit das Publikum in die ungezungenste Heiterkeit ausbrechen ließ.

Die Ehe des Herzogs von Leuchtenberg. Man schreibt der „Nat.-Ztg.“ aus St. Petersburg: Der kürzlich in Paris verlebte Herzog Nicolaus von Leuchtenberg hatte hauptsächlich seiner Gemahlin wegen seinem Vaterlande Valet gelast und sich in Genf niedergelassen, da die russischen Gesetze seine Ehe nicht geattesteten. Herzog Nicolaus heirathete nämlich eine Frau Alinsjew, geborene Azenow, bei Lebzeiten ihres Mannes, der ein Neffe des Fürsten Gortschakow war und in diplomatischen Diensten stand. Dieser Neffe war ein mauvais sujet, der seiner jungen Gattin viel Verdruß und Kummer machte, so daß dieselbe ihn schließlich verließ. Fürst Gortschakow, der sich schon längst von seinem Thronnütigkeit von Neffen losgesagt hatte, lud Frau Alinsjew zu sich ein und die junge Dame machte in den Salons des russischen Reichskanzlers die Honneurs. Der junge Herzog von Leuchtenberg, der zuweilen den Kanzler, mit dem er persönlich befreundet war, besuchte, war durch die reizende Erscheinung von dessen Neffe gefesselt und bald ein steter immer gern gelebener Gast. Es entspann sich zwischen den beiden jungen Leuten ein zartes Verhältniß. Der Herzog entbrannte in leidenschaftlicher Liebe zu der jungen Frau und Adelecha (so hieß die junge Dame) theilte diese Gefühle des Prinzen. Da alle Versuche, den Gatten zu einer förmlichen Scheidung zu bewegen, vergeblich waren, so entschloß sich der Herzog kurz, Er entführte seine Geliebte und ließ sich mit ihr in Genf traufen. Im Angesicht dieses vollzogenen Factums blieb dem verlassenen Gatten nichts übrig, als in eine Scheidung post festum zu willigen. Selbstredend, daß dieser Entschluß nicht ohne äußeren Druck gefaßt und ausgeführt wurde. An hoher Stelle hatte man es längere Zeit dem Fürsten Gortschakow sehr verübelt, daß er dieser heimlichen Ehe Vorstoß geleistet hatte. Der Reichskanzler konnte aber seine Anschuldigung durch unumstößliche Beweise erhärten, darthun, daß er von dem sich vor seinen Augen abspielenden Liebesdrama nichts gewußt und daß, wenn er die geringste Ahnung davon gehabt hätte, er sicherlich ein solch gewaltsames Durchgängen des göttlichen Knotens nicht zugelassen hätte. Fürst Gortschakow soll nämlich selbst seine Nichte leidenschaftlich geliebt und trotz des großen Altersunterschiedes sich mit dem Gedanken getragen haben, dieselbe zu ehelichen. Wie dem auch sei, die Ehe des Herzogs wurde vom kaiserlichen Hofe nicht anerkannt, trotzdem jedoch der jungen Gattin der Titel einer Gräfin Beauharnais verliehen, ein in der Leuchtenberg'schen Familie erblicher Titel, den Josephine Beauharnais, die erste Frau Napoleons I. und Urgroßmutter des jetzt verstorbenen Herzogs getragen. Kaiser Nicolaus liebte seine Tochter, die Großfürstin Marie von Leuchtenberg und deren Kinder schwärmerisch. Auch Alexander II. trug seiner Tante und seinen Cousins die zärtlichste Liebe und Anhänglichkeit entgegen. Daher blieb der rasche Schritt des Herzogs Nicolaus ohne weitere Folgen und obwar er nach seiner Heirath fast beständig im Auslande (hauptsächlich in Genf) lebte, so wurden doch seine Beziehungen zum kaiserlichen Hofe nicht abgebrochen.

Ein merkwürdiges Schriftstück hat Emin Pascha Mitte October v. J. aus Bussini (Victoria Nyanza) der königlichen Bibliothek in Berlin zugelandet. Es ist ein arabisches Amulett, welches einem Araber aus Labora auf der Route abgenommen wurde und als eine Probe solcher Talismane von Interesse ist. Es besteht in einem auf Papir ausgelegenen Blatte von 105 Centimeter Höhe und gleicher Breite und wird arabisch Headschab aufwärts genannt. In zehn Laufen quadratische Felder sind auf demselben heranzusprechen worden, welche so eingeschrieben sind, daß bei mehrfacher Wiederholung derselben Sprüche durch dasselbe Wort schräge Reihen gebildet werden. Rings um den Rand stehen sonstige talismantische Quadrate und Kreise, Zauberprüche, magische Anrufungen und Buchstabenformeln. Da die Araber solchen Amuletten Wunderkraft beilegen, so werden dieselben sorgfältig verwahrt, gewöhnlich in Kapseln oder im Turban getragen. Ein Amulett in der Ausführung des hier beschriebenen osmanischen hat jedoch, wie der „Nationalz.“ mitgetheilt wird, noch den anderen Zweck, dem Eigentümer als ein Mittel zur Entrückelung der Zukunft zu dienen oder ihm Winke für sein Thun und Lassen zu geben. Er zieht es zu Rathe, indem er aufs Geratewohl eines der vielen Quadrate betrüßend das betreffende Wort sich auslegt oder nach rechts oder links fortschreitend oder zählend einen Satz zusammensetzt, den er zu seinem besonderen Vorhaben in Beziehung setzt.

Ein Hundreisefilet um die Erde, ist, wie die „B. B. Z.“ schreibt, das Neueste, was unternehmungslustigen Touristen angeboten wird, und zwar zu einem Preise von 2400 M., der mit Rücksicht, daß eine langwährende und vorzügliche Verpflegung dabei einbezogen ist, mäßig genannt werden kann. Dem Angebot liegt eine besondere Veranlassung zu Grunde. Die Canadische Pacific-Eisenbahn-Gesellschaft hat nämlich von ihrem westlichen Endpunkte, der Bancouver-Insel, mit Unterstützung der englischen und canadischen Regierung den Postdienst nach der englischen Insel Hongkong in der Bay von Canton übernommen und schick am 15. Januar den ersten der vier zu diesem Dienste bestimmten neuen Dampfer „Die Kaiserin von Indien“, nach seinem Bestimmungsorte. Er fährt von Liverpool ab, macht kurze Stationen in Southampton, Mar-seille, Neapel, Malta, Port Said, wo Zeit genug zu einem Abstecher nach Kairo und den Pyramiden gelassen wird, berührt dann Bombay, Colombo, Penang, Singapore, Hongkong, Shanghai, Nagasaki, Kobi, Yokohama und Bancouver. Damit ist die See-reise vorläufig beendet und es geht nun auf der Canadische-Pacific-Bahn weiter nach New York, Boston oder irgend einem amerikanischen Hafen der Ostküste, je nach Belieben des Reisenden. Auf dieser letzten Tour kann er die Reise nach Belieben unterbrechen und unterwegs so lange, wie er will, bleiben, während er bis nach Bancouver ans Schiff gebunden war. Von dem östlichen Hafen darf jeder beliebige Dampfer zur Heimreise benutzt werden.

Impfung wegen einer das Leben bedrohenden Krankheit unterlassen worden sei. Ein solcher Fall liege hier vor. Er habe im August vorigen Jahres dem Polizeipräsidenten eine Bescheinigung eingereicht, daß sein Kind an einer Halskrankheit leide. Die Behörde habe die Bescheinigung für genügend erachtet, folglich könne er nicht jetzt schon, sondern frühestens im August in der Impfung angehalten werden. Der ärztliche Sachverständige, Sanitätsrath Dr. Becker, der im Auftrage der Polizei das Kind untersucht hatte, begutachtete, daß das Kind nur an einer innerlichen Halsentzündung gelitten habe, nach deren Beseitigung der Impfung nichts im Wege gestanden hätte. Amtsanwalt von Stan machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er zwar richtig den § 2 des Impfgesetzes, aber nicht vollständig angezogen habe, denn darin heiße es ausdrücklich, daß die veräumte Impfung nachträglich vorzunehmen sei, wenn ihr nach ärztlichem Gutachten nichts mehr im Wege stehe. Dies sei hier der Fall. Wegen der veräumten Impfung sei jetzt eine Strafe von 50 Mark, im Unvermeidlichen drei Tage Haft, eine angemessene Sühne. Der Angeklagte protestirte gegen diese Strafe, denn er einmal wegen unterlassener Impfung bestraft sei, dürfte wegen der gleichen Uebertretung nicht wieder bestraft werden, um so weniger, als die Impfung eine Vergiftung des Körpers sei, die eigentlich mit 3 Jahren Zuchthaus geahndet werden sollte; allein der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Amtsanwalts an und erkannte dessen Antrag gemäß.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 16. Januar.

• Bericht über den I. preussischen Lehrertag. Seitens des schlesischen Provinziallehrervereins waren zum I. preussischen Lehrertage in Magdeburg (Weihnachten 1890) 10 Lehrer entsendet worden. Einer dieser Delegirten, Rektor Wühl-Breslau, erstattete am Mittwoch, den 14. d. M., im (interkonfessionellen) Breslauer Lehrerverein vor einer großen Anzahl evangelischer und katholischer Lehrer Bericht über den Lehrertag. Aus demselben, der von der Versammlung mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen wurde, dürfte einiges von allgemeinem Interesse sein. Der preussische Lehrertag, der erste seiner Art, war von dem Vorstande des Preussischen Landeslehrervereins lediglich zum Zwecke der Kundgebung von Wünschen der Lehrerschaft zum Schulgesetzentwurf einberufen worden und charakterisirt sich im Gegentheile zu andern Versammlungen, an denen neben der Arbeit auch den Theilnehmern mehr oder weniger Vergnügen geboten wird, als ein reiner Arbeitstag. Trotzdem an den beiden Versammlungstagen von früh bis abends ununterbrochen getagt wurde, war es nur durch die meisterhafte Vorbereitung und Leitung der Beratungen durch die Magdeburger Lehrerschaft und ihre Führer möglich, das ungeheure Arbeitspensum in so kurzer Zeit zu erledigen. Es könnte auffallen, daß die Berichte der Presse von der Thätigkeit der schlesischen Delegirten fast nichts verkünden, doch haben dieselben an den Beratungen eifrig Theil genommen, an wesentlichen Punkten bestimmend eingewirkt, jedoch mit Rücksicht auf die Zeit sich von großen Reden abhältlich freigehalten. Der in der Provinz öfter aufgetretene Gegensatz zwischen Land und Stadt trat unter den schlesischen Delegirten nicht zu Tage, vielmehr vertreten dieselben einmüthig die Wünsche der Lehrer. Besonders rühmte der Redner das Taggefühl des Lehrertages, auf dem keinerlei politische und religiöse Streitigkeiten vorkamen. Zum Schluß wies der Redner die von verschiedenen Seiten in der Presse dem Lehrertage gemachten Vorwürfe zurück. — In dieser Sitzung wurden wiederum 16 evangelische und katholische Lehrer in den Verein aufgenommen, ein Beweis, wie zeitgemäß dieser Verein war, der nach etwa halbjährigem Bestehen beinahe 100 Mitglieder zählt.

• Pfarrer Müller befindet sich, wie der „Schles. Volksztg.“ aus Olsh mitgetheilt wird, am Leben. Genauere Nachrichten fehlen noch.

• Volkenhain, 15. Januar. [Zur Landtags-Abgeordneten-Erwahl] waren von 425 Wählern nur 251, also ca. 59 pCt. erschienen, welche wie bereits telegraphisch gemeldet, den Candidaten der konservativen Partei, Freiherrn v. Richthofen, Landrath des Jauer'schen Kreises, wählten. Sämmtliche deutschfreisinnige Wahlmänner waren der Wahl ferngeblieben. Die Befreiung der einzelnen Kreise an der Wahl ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich: aus dem Kreise Jauer waren von 129 Wahlmänner 78, aus dem Kreise Volkenhain von 119 Wahlmänner 71 und aus dem Kreise Landeshut von 177 Wahlmänner 102 erschienen.

Telegramme.

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

• Berlin, 16. Jan. Die Zuckersteuer-Commission nahm soeben § 1 nach der Regierungs-Vorlage mit 20 gegen 7 Stimmen an.

• Breslau, 16. Januar. [Von der Börse.] Die heutige Börse zeigte eine matte Haltung. Die Schwäche ging von Bergwerken aus, auf welche das Gerücht ungünstig wirkte, dass in der morgen stattfindenden Aufsichtsrathssitzung der Bericht über das Resultat des ersten Geschäftsquartals den gehegten Erwartungen nicht entsprechen würde. Zu einer Verschärfung der vorhandenen Ver Stimmung trug auch die ungünstige Tendenz der Rubelnoten bei, welche im Laufe eines ziemlich belebten Verkehrs 1/2 M. einbüßten. Fremde Renten behauptet, Lombarden zu der herabgesetzten Notiz begehrt. — Schluss lustlos.
Per ultimo Januar (Course von 11—13 Uhr): Oesterr. Credit Actien 175 3/4—3/8 bez., Ungar. Goldrente 92 1/2 bez., do. Papierrente 90 1/4 bez., Vereinigte Königs- u. Laurahütte 141 7/8—140 5/8 bez., Donnersmarkthütte 88 7/8—3/4 bez., Oberschl. Eisenbahnbedarf 89 1/2—1/4 bez., Orient-Anleihe II 77 1/2 bez., Russ. Valuta 238 1/2—237 bez., Türken 18,85 bez., Italiener 92 5/8—3/4—5/8 bez., Türk. Loose 80 3/4 Br., Schles. Bankverein 123 3/4 Br., Breslauer Discontobank 106 7/8 bez., Breslauer Wechselbank 105 5/8 bez., Franzosen 109 3/4 bez., Lombarden 58 1/2—3/8 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Berlin, 16. Januar, 12 Uhr — Min. Credit Actien 175, 90. Laurahütte —, Disconto-Commandit 217, 90. Fest.
Berlin, 16. Januar, 12 Uhr 30 Min. Credit-Actien 175, 80. Staatsbahn 110, 10. Lombarden 58, 60. Italiener 92, 70. Laurahütte 142, —. Russ. Noten 237, 70. 4 1/2 Ungar. Goldrente 92, 50. Orient-Anleihe II 77, 50. Mainzer 119, 50. Disconto-Commandit 217, 90. Türken 18, 80. Türk. Loose 80, 80. Fest.
Wien, 16. Januar, 10 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Actien 307, 35. Marknoten 56, 10. 4 1/2 Ungar. Goldrente 103, 80. Ruhig.
Wien, 16. Januar, 11 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Act. 307, 85. Anglo Anstrian 165, *30. Staatsbahn 246, 85. Lombarden 130, 25. Galizier 210, 25. Oesterr. Silberrente 91, 25. Marknoten 56, 10. 4 1/2 Ungar. Goldrente 103, 80, do. Papierrente 101, —. Alpine Montan-Actien 92, 60. Fest.
Frankfurt a. M., 16. Januar, Mittags. Credit-Actien 273, 25. Staatsbahn 220, —. Galizier 183, —. Ung. Goldrente 92, 50. Egypter 97, 60. Laurahütte 142, 10. Still.
Paris, 16. Januar. 3 1/2 Rente 95, 40. Neueste Anleihe 1877 105, 25. Italiener 92, 25. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Egypter 491, 25. Fest.
London, 16. Januar. Consols von 1889 97, 37. Russen Ser. II 98, 25. Egypter 96, 15. Schneegestöber.
Wien, 16. Januar. [Schluss-Course.] Ruhig.
Credit-Actien .. 308 .. 307 65 .. 307 65 ..
St. Eis.-A.-Cert. 247 25 .. 246 50 .. 4 1/2 Ung. Goldrente. 103 70 .. 103 75 ..
Lomb. Eisenb. 130 75 .. 130 75 .. Silberrente .. 91 15 .. 91 20 ..
Galizier .. 209 25 .. 210 .. London .. 114 10 .. 114 10 ..
Napoleons'd'or .. 9 04 .. 9 03 1/2 .. Ungar. Papierrente. 101 20 .. 101 05 ..

Glasgow, 16. Januar, 11 Uhr 10 Min. Vormitt. Roheisen Mixed numbers warrants 47, 6 1/2. Ruhig.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 16. Januar. Der Kaiser hat die Einladung des Fürsten Radolin zum Diner für den 20. Januar angenommen.

München, 16. Januar. Strauß, Redacteur der socialistischen „Münchener Post“, wurde wegen Beleidigung des Kaisers Wilhelm vom Schwurgericht zu viermonatlichem Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Wien, 16. Januar. Der „Wiener Zeitung“ zufolge erhielt die Anglo-österreichische Bank die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft „Allgemeine österreichische Electricitäts-Gesellschaft“ mit dem Sitz in Wien.

Bern, 16. Jan. Der Bundesrath setzte die Volksabstimmung über das Bundesgesetz, betreffend die Ruhegehälter der eidgenössischen Beamten, auf den 15. März an. Die Bundesversammlung ist auf den 31. März einberufen.

Rom, 16. Jan. Dem „Esercito Romano“ zufolge würde unter den militärischen Vorlagen, welche dem Parlamente zugehen, als erste diejenige, betreffend die Verlängerung der Militärdienstpflicht um drei Jahre, sich befinden.

Paris, 16. Januar. Die Blätter melden: Das Cabel zwischen Calais und Dover wurde vom Ufer einer englischen Brigg, welche gestern Nacht acht Meilen von Calais scheiterte, zerissen.

Lyon, 15. Jan. Die Frage wegen der Seidenzölle rief unter den Arbeitern in Croix la rouffe große Erregung hervor. Eine zahlreiche Versammlung beschloß einen energischen Protest gegen die Einführung der Zölle und ließ diesen Protest Nachmittags dem Präecten übergeben. Letzterer forderte die Ueberbringer des Protestes auf, Vertrauen zu der Regierung zu haben und die Arbeiter zu veranlassen, sich ruhig und mäßig zu verhalten.

Wesoul, 16. Januar. Die Infuenza tritt sehr heftig auf, die Schulen sind geschlossen.

Algier, 15. Jan. Auch an verschiedenen anderen Punkten Algiers wurden Erderschütterungen wahrgenommen. In Gouraya wurde bei Oherhell ein Gebäudecomplex von 5 Häusern zerstört, mehrere Bewohner getödtet und zahlreiche verwundet.

Kopenhagen, 16. Januar. Das höchste Gericht entschied, die Feuerbestattung sei bis zur gesetzlichen Einführung einer neuen Ordnung im Bestattungswesen verboten. — Wegen ungünstiger Eisverhältnisse findet heute kein Schiffsverkehr zwischen Sjæder und Warnemünde statt.

Konstantinopel, 16. Jan. Major v. Hülsen reiste gestern Abend nach Berlin zurück, nachdem er am Nachmittag vom Sultan mit großer Auszeichnung in einer Abschiedsaudienz empfangen worden war. Der Sultan sandte an die drei ältesten Söhne des Kaisers drei kleine arabische Pferde als Geschenk.

Sofia, 16. Jan. Anlässlich des Neujahrsempfanges richtete Prinz Ferdinand an die Mitglieder der Synode eine Ansprache, worin er den Wunsch nach einer innigen Verknüpfung der Bande zwischen der Staatsgewalt und der orthodoxen bulgarischen Kirche, deren wahrer Beschützer und Vertheidiger er sei, ausdrückte. Einer unter Führung des Obersten Petrow erschienenen Offizier-Deputation gegenüber betonte der Prinz, die Stärke der Armee hänge nicht so sehr von der Zahl der Kämpfer ab, als vielmehr von deren sittlicher Befähigung. Er verlange Dienstleister, musterhaftes Verhalten von Offizieren, welche alles auch nur von ferne die Politik Berührende vermeiden müßten. Mit der Armeeführung sei eine schwere Aufgabe verknüpft. Wenn die Armee immer bereit zur Vertheidigung des heimathlichen Heerdes sei, könne Bulgarien ruhig der Zukunft entgegenblicken. Der Prinz schloß mit dem Rufe: „Es lebe Meine brave Armee.“ In Beantwortung der Glückwünsche des Ministerpräsidenten, der Minister und übrigen Staatswürdenträger sagte der Prinz, er erblicke in den Glückwünschen einen neuen Beweis der Treue und Ergebenheit des Volkes gegenüber dem Throne. Er dankte für die Befestigung des Friedens, sowie die Erhaltung der Ruhe im Lande, und empfahl ihnen, sich im

neuen Jahre mit noch erhöhtem Eifer der Sicherung des Volksfortschrittes und Verbesserung der Verwaltung zu widmen.

Bukarest, 16. Januar. Das Amtsblatt veröffentlicht die Ansprachen des Königs bei dem Neujahrsempfange, worin es heißt: Mein erster Gedanke gilt dem Vaterlande; möge Gott das selbe vor dem Mithgeschick bewahren. Mein herzlichster Wunsch ist, daß im neuen Jahr Friede, Ruhe und Eintracht herrschen, daß wir als große einige Familie den 25. Jahrestag meiner Herrschaft ohne große Ausgaben feiern. Das werthvollste Geschenk ist die Liebe des Volkes. Mein schönster Lohn besteht in der Ueberzeugung Aller, daß ich alle Bemühungen aufgeboren habe und ausbieten werde, Rumänien stark und glücklich zu machen.

Bukarest, 16. Jan. Das Amtsblatt veröffentlicht das Eisenbahnbudget. Die Einnahmen betragen 42 051 200 die Ausgaben 28 102 753 L.

Washington, 15. Jan. Der Gesetzentwurf, betreffend die Silberausprägung, gelangte in der von dem Senate beschlossenen Fassung an die Repräsentantentammer zurück, welche ihn der mit der Münzfrage betrauten Commission überwies. Der Gesetzentwurf hebt die im Juli 1890 getroffene Bestimmung, welche den Ankauf von 4 500 000 Unzen monatlich anordnet, auf. — Eine Anzahl Indianerhäuptlinge ist hier eingetroffen, um mit dem Präsidenten zu conferiren, wozu der Staatssecretär die Genehmigung ertheilte.

Pueridge, 15. Jan. Bisher wurden von den feindlich gesinnten Indianern nur 9 Gewehre abgeliefert. Es scheint, daß die Indianer nicht geneigt sind, die Waffen zu übergeben und daß sie dieselben in den Bergen versteckt haben.

Handels-Zeitung.

Magdeburg, 16. Jan. Zuckerbörse. (Orig.-Telegr. a. Bresl. Ztg.)
15. Januar. 16. Januar.
Kornzucker Basis 92 pCt. 17,00—17,30 17,00—17,25
Renaement Basis 88 pCt. 16,00—16,30 16,05—16,35
Nachprodukte Basis 75 pCt. 12,70—13,65 12,70—13,65
Brod-Raffinade f. 27,25—27,50 27,25—27,50
Brod-Raffinade f. 27,00—27,25 27,00—27,25
Gem. Raffinade II. 26,25—27,50 26,25—27,50
Gem. Melis I. 25,25—25,50 25,25—25,50
Tendenz: Rohzucker fest. Raffinirte unverändert.
Termine: Januar 12,65 Mark, Februar 12,75 Mark, März 12,85 Mark. — Fest.

Hamburg, 16. Januar. 10 Uhr 40 Min. Vorm. Zuckermarkt. [Telegramm von Arnthal & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Mockrauer in Breslau.] Januar 12,60, März 12,75, Mai 12,95, Juli 13,17 1/2, August 13,27 1/2, October-December 13,62 1/2. Tendenz: Fest.
Hamburg, 16. Januar. 10 Uhr 25 Min. Vormittags. Kaffeemarkt. [Telegramm von Siegmund Robinson & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.] März 78 3/4, Mai 77, September 73 3/4, December 67 1/2. — Tendenz: Behauptet. Rio 30 000. Santos 8000. — Newyork 10 Points Hausse.

Leipzig, 15. Januar. Kammzug-Terminmarkt. [Orig.-Bericht von Berger & Co. in Leipzig.] Der Verkehr an unserem heutigen Terminmarkt blieb Vormittags sehr ruhig. Die Stimmung war gegen gestrigen Schluss etwas befestigt, so dass Preise sich wieder um 2 1/2 Pf. erholen konnten. — Man handelte Vormittags:

Mai 5 000 Ko. à 4,40 M.,
Juni 5 000 „ „ 4,40 „
August 5 000 „ „ 4,42 1/2 „
September 10 000 „ „ 4,42 1/2 „

Umsatz seit gestern Mittag 110 000 Ko.
Wie gestern, hielt sich die bessere Stimmung noch während der Börse, schwächte sich aber Nachmittags wiederum ab.

Man bezahlte an der Börse und Nachmittags:
Februar 10 000 Kg. à 4,37 1/2 M.
März 10 000 „ „ 4,37 1/2 „
April 5 000 „ „ 4,37 1/2 „
Juni 10 000 „ „ 4,40 „
„ 5 000 „ „ 4,37 1/2 „
Juli 20 000 „ „ 4,40 „
September 5 000 „ „ 4,42 1/2 „
October 10 000 „ „ 4,42 1/2 „
Man schließt Käufer Januar-April 4,35, Verkäufer 4,37 1/2, Mai-Juni Käufer 4,37 1/2, Verkäufer 4,40, Juli Verkäufer und Käufer 4,40, Aug.-October Käufer 4,40, Verkäufer 4,42 1/2.

Cours-Blatt.

Berlin, 16. Januar. [Amtliche Schluss-Course.] Schwach.
Eisenbahn-Stamm-Actien.
Course vom 15. 16.
Galiz. Carl-Ludw. ult. 93 50, 93 25
Gotthard-Bahn ult. 161 50, 160 25
Lübeck-Büchen 170 60, 170 50
Mainz-Ludwigsh. 119 90, 119 25
Marienburger 64 30, 64 25
Mittelmeeroahn 101 10, 100 80
Ostpreuss. St.-Act. 88 25, 87 —
Warschau-Wien 230 50, 229 25
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.
Breslau-Warschau 56 25, 57 —
Bank-Actien.
Bresl. Discontobank 106 10, 106 25
do. Wechselbank 105 70, 105 70
Deutsche Bank 163 50, 163 90
Disc.-Command. ult. 217 20, 216 70
Oest. Cred.-Anst. ult. 175 50, 175 25
Schles. Bankverein 123 75, 123 60
Inländische Fonds.
Tarnow St.-Pr.-Act. 70 90, 70 50
Inländische Fonds.
D. Reichs-Anl. 4 1/2 .. 106 60, 106 80
do. do. 3 1/2 .. 98 70, 98 70
do. do. 3 1/2 .. 86 90, 86 80
Preuss. 4 1/2 cons. Anl. 106 20, 106 10
do. 3 1/2 .. 98 80, 98 80
do. 3 1/2 .. 86 90, 86 80
do. Pr.-Anl. de 55 170 20, 170 70
Posener Pfandbr. 4 1/2 .. 101 60, 101 30
do. do. 3 1/2 .. 97 —, 96 90
Schl. 3 1/2 Pfändbr. LA 97 80, 98 —
do. Rentenbriefe 102 50, 102 20
Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.
Oberschl. 3 1/2 Lit. E. —, —
Ausländische Fonds.
Egypter 4 1/2 .. 97 75, 97 80
Italienische Rente .. 92 90, 92 75
do. Eisenb.-Oblig. 57 70, 57 60
Mexicaner 1890er .. 91 25, 91 —
Oest. 4 1/2 Goldrente 96 50, 96 80
do. 4 1/2 Papierr. —, 80 70
do. 4 1/2 Silber. 81 10, 81 —
do. 1860er Loose. 127 90, 127 75
Poin. 5 1/2 Pfändbr. 72 20, 72 20
do. Ligu.-Pfändbr. 69 60, 69 60
Ram 5 1/2 amortisable 100 —, 99 90
do. 4 1/2 von 1890 86 —, 85 90
Russ. 1883er Rente 107 —, 106 90
do. 1889er Anleihe 98 50, 98 40
do. 4 1/2 B.-Cr.-Pfr. 102 50, 102 50
do. Orient-Anl. II. 77 80, 77 45
Serb. amort. Rente 89 40, 89 40
Türkische Anleihe. 18 85, 18 80
do. Loose 80 90, 80 50
do. Tabaks-Actien 164 25, 164 25
Ung. 4 1/2 Goldrente 92 50, 92 40
do. Papierrente .. 90 20, 90 20
Banknoten.
Oest. Bankn. 100 Fl. 178 15, 178 60
Russ. Bankn. 100 SR. 238 30, 237 —
Wechsel.
Amsterdam 8 T. 169 —, —
London 1 Letrl. 8 T. 20 32 1/2, —
do. i „ 3 M. 20 22 —, —
Paris 100 Fres. 8 T. 80 50, —
Wien 100 Fl. 8 T. 177 90, 178 40
do. 100 Fl. 1 M. 177 25, 177 40
Warschau 100 SR 8 T. 237 60, 236 50
Wien-Discont 3 1/2

Letzte Course.

Berlin, 16. Januar. 3 Uhr 40 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Nach festem Beginn Verlauf von Bergwerken aus und auf den Rückgang der russischen Valuta auf allen Gebieten matt. Schluss beruhigt.

Course vom 15. 16. Course vom 15. 16.
Berl. Handelsgees. ult. 162 12, 160 87 Oestr. Südb.-Act. ult. 88 37, 87 37
Disc.-Command. ult. 217 62, 216 75 Drm. Union St. Pr. ult. 86 62, 85 75
Oesterr. Credit. ult. 175 62, 175 25 Franzosen ult. 110 12, 109 62
Laurahütte ult. 141 75, 141 — Galizier ult. 93 62, 93 25
Warschau-Wien. ult. 230 50, 229 50 Italiener ult. 92 62, 92 62
Harpener ult. 197 25, 196 12 Lombarden ult. 58 50, 58 50
Bochumer ult. 148 50, 148 75 Türkenlose ult. 81 —, 80 50
Dresdener Bank. ult. 160 12, 159 25 Donnersmarkth. ult. 88 75, 88 62
Hibernia ult. 196 25, 195 75 Russ. Banknoten ult. 238 25, 236 75
Dux-Bodenbach. ult. 240 —, 239 25 Ungar. Goldrente ult. 92 50, 92 37
Gelsenkirchen ult. 177 75, 177 62 Marienb.-Mlawkauit. 64 25, 62 87

Producten-Börse.

Berlin, 16. Januar, 12 Uhr 30 Minuten. [Anfangs-Course.]
Weizen (gelber) Januar —, —, April-Mai 195, 50. Roggen Januar 179, 25, April-Mai 172, 25. Rüböl Januar —, —, April-Mai 58, 50. Spiritus 70er Januar 48, 30, April-Mai 48, 70. Petroleum loco 24, —. Hafer April-Mai —, —.

Berlin, 16. Januar. [Schlussbericht.]
Course vom 15. 16. Course vom 15. 16.
Weizen p. 1000 Kg. Rüböl per 1000 Kg.
Verflaucht. —, —, —, —
Januar —, —, —, —
April-Mai 195 —, 194 75
Mai-Juni 195 25, 194 75
Roggen p. 1000 Kg.
Verflaucht. —, —, —, —
Januar 178 —, 178 25
April-Mai 171 —, 171 25
Mai-Juni 168 —, 168 50
Hafer per 1000 Kg.
Januar 143 —, 143 —
April-Mai 142 —, 142 25
Stettin, 16. Januar. — Uhr — Min.
Course vom 15. 16. Course vom 15. 16.
Weizen p. 1000 Kg. Rüböl per 100 Kgr.
Fest. —, —, —, —
Januar 190 —, 191 —
April-Mai 191 50, 193 —
Spiritus
pr. 10 000 L.-pCt.
Loco 50 er 66 50, 66 50
Januar 70 er 47 —, 47 —
April-Mai 70 er —, —
Petroleum loco .. 11 55, 11 55 April-Mai ... 70 er 47 20, 47 50

* Saal-Eisenbahn. Im December 1890 wurden 85 298 Mark vereinnahmt gegen 104 337 Mark provisorisch und 106 395 Mark definitiv im December 1889. Bis Ende December betrugen die Einnahmen 1 309 377 Mark gegen 1 314 280 Mark provisorisch und 1 314 584 Mark definitiv, wobei zu berücksichtigen, dass in diesen Einnahmen des Vorjahres 79 017 Mark für aussergewöhnliche Schienenabgabe mit enthalten sind. Das Minderergebniss im December ist auf Betriebsstörungen, durch Ueberschwemmungen veranlasst, zurückzuführen.

